

Zu wenig Geld für den Straßenbau

Verkehrsministerin Gönner erwartet harte Verteilungskämpfe – und dämpft damit die Hoffnungen, die ihr Ministerpräsident geweckt hat

Weder Bund noch Land hätten genügend Geld, um den Bedarf an neuen Straßen zu decken, meint Tanja Gönner. Die Ministerin verspricht zugleich mehr Realitätssinn bei künftigen Planungen.

VON ARNOLD RIEGER

STUTT GART. Ministerpräsident Stefan Mappus hat die Latte hoch gelegt. Ausdrücklich lobte er beim Treffpunkt foyer unserer Zeitung in der vergangenen Woche die „guten Berliner Kontakte“ von Umweltministerin Tanja Gönner, die künftig auch die Ver-

kehrspolitik verantwortet. Er verband damit die Hoffnung, dass sie dort mehr Bundesmittel für Infrastrukturprojekte loseist.

Gegenüber unserer Zeitung versichert Gönner nun, sie werde die Gespräche selbstverständlich intensiv führen und die Kontakte ausbauen. Angesichts der klammen Kassen dämpft sie jedoch gleichzeitig die Erwartungen. „Man darf sich nichts vormachen: Der Finanzierungsbedarf im Bereich der Verkehrsinfrastruktur ist bundesweit sehr groß und übersteigt bei weitem die zur Verfügung stehenden Mittel.“ Sie rechnet deshalb mit harten Verteilungskämpfen.

Dieser Realitätssinn kommt offenbar auch im neuen Generalverkehrsplan zum

Ausdruck, in dem der Südwesten seine verkehrspolitischen Ziele bis zum Jahr 2025 fortschreibt. Es mache keinen Sinn, die Ziele bei der Infrastrukturplanung so hoch zu stecken, dass sie am Ende unerreichbar seien, heißt es im Verkehrsministerium. Zumal auch für den Landesstraßenbau erkennbar sei, dass nicht alle Anmeldungen berück-

sichtigt werden könnten. Der neue Generalverkehrsplan, der noch in diesem Frühjahr dem Ministerrat vorgelegt werden soll, werde mehr Realitätsnähe zeigen, heißt es in der Behörde.

Damit erfüllt Gönner eine Forderung des Landesrechnungshofs, der den eklatanten Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei Verkehrsprojekten monierte. Der neue Plan solle „weniger, dafür aber realisierbare Projekte enthalten“, so die Prüfer. Dies fordert auch die Landtags-SPD, die vom alten Generalverkehrsplan als einem „Dokument des Scheiterns“ spricht.

► Tagesthema

Ihre Meinung bitte!

Kommt Baden-Württemberg beim Geld für Straßenbau zu schlecht weg?
www.stuttgarter-nachrichten.de/meinung

Tagesthema

Soll und Haben

Die neue Verkehrsministerin Gönner muss dicke Bretter bohren

Schon beachtlich, was Ministerpräsident Stefan Mappus seiner neuen Verkehrsministerin zutraut. Tanja Gönner, bisher als Umweltministerin nicht gerade unterbeschäftigt, ist künftig nicht nur für den Naturschutz, sondern auch für die Mobilität im Land zuständig. Dort soll sie allerdings nicht nur den Mangel verwalten, sondern „Butter bei die Fische bringen“, wie man so sagt. Dank ihrer guten Beziehungen in Berlin soll aus dem Stau-land Baden-Württemberg ein Bauland werden.



Doch Gönner dämpft nun die öffentlichen Erwartungen – und vielleicht auch die ihres Ministerpräsidenten. Sie weiß, dass der Südwesten für Bundesverkehrsminister Ramsauer (CSU) ein Land wie jedes andere ist. Mit seinem Vorstoß, den Aufbau Ost zugunsten des Westens zu stoppen, hat der sich bereits eine blutige Nase geholt. Mit forschen Forderungen ist nichts zu gewinnen – allenfalls die Blamage, wenn die Differenz zwischen Soll und Haben offensichtlich wird. Wie schnell einem die eigenen Ansprüche vor die Füße fallen, sieht Gönner beim Generalverkehrsplan: Zähneknirschend muss sie eingestehen, dass nicht nur der Bund, sondern auch das Land mit den Mitteln geknausert hat. Das alles ändert nichts an der Feststellung, dass der Südwesten in die Infrastruktur investieren muss. Doch Geld ist nicht alles: Viele Verkehrsprojekte scheitern einfach daran, dass die örtliche Bevölkerung sich querlegt. Noch eine Aufgabe für Gönner.